



SCHWEIZ - DER KLASSENPRIMUS WIRD ABGESTRAFT

Für unser Versagen müssen andere büßen

Die EURO-Opfer haben jetzt einen Namen „Die Schweizer“. Was haben die nicht alles richtig gemacht, 1976 eine Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Stunden bei einer Volksabstimmung abgelehnt, während später bei uns Streiks die Verkürzung auf 35 Stunden erzwingen sollten. Die Pro-Kopf - Verschuldung in der Schweiz liegt unter der Deutschlands und ist Lichtjahre unter der von Frankreich und Italien, den direkten Nachbarn. Bezüglich der Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen liegt die Schweiz mit den Volksabstimmungen traditionell weit vor allen anderen westlichen Ländern. Die Dezentralisierung hat sich als große Stärke erwiesen, die Kantone haben weitgehende Autonomie in Steuerfragen und der Wirtschaftsförderung.

Hat leider alles nichts genützt, als es um die außenwirtschaftliche Stabilität ging. Als der Chef der europäischen Zentralbank EZB im Auftrag der „Club-Med-Länder“ den Euro auf Talfahrt schickte, rettete man sich kurzfristig mit einer Wechselkursbindung von ca. 1,20 an den Euro und musste deshalb in der Folge lau-

fend Euros und Euro-Anleihen kaufen. Dann, völlig überraschend der Urknall, die Schweizer National Bank musste kapitulieren. „Der hohe Bestand an Euros in unserer Bilanz entwickelt



sich zu einem unkalulierbaren Risiko“ sagte SNB-Präsident Thomas Jordan sinngemäß bei einer Pressekonzferenz. Im Klartext: Die Nationalbanker rechnen fest damit, dass der Euro weiter an Wert verliert. Während durch die Frankenbestände im Euroland bei Banken, Versicherungen und Anlegern ein deftiger aber einmaliger Abschreibungsbedarf entsteht, sieht es auf der Seite der

Schweiz für die Einzelhändler, die Tourismusbranche und die Exportbetriebe jetzt und mittelfristig übel aus. Bei einem kürzlichen Besuch im grenznahen Basel konnten wir an den Schaufenstern in der City viele Schilder mit Preisnachlässen sehen. Die Geschäfte überboten sich gegenseitig mit Rabattversprechen: 10% Währungsrabatt, 15% und auch 20%.

Unser Fazit: Auch wenn Du alles richtig machst, bist du vor finanzpolitischen Amokläufern nicht sicher!

Verkehrsschild XY-Ungelöst

Wir rätseln, was dieses Verkehrsschild bedeutet und wo es aufgestellt ist. Deshalb bitten wir alle Leser uns Informationen darüber zu senden. Wo ist das Schild im Einsatz und was will es uns sagen? Wir bitten um Hinweise zur Aufklärung auf unserer [Facebookseite](#). Unter den Einsendern verlosen wir 3 Sonnentage.



Wenn die Gier das Hirn vernebelt

Eigentlich war es ja vorhersehbar. Als das Bundesverfassungsgericht einige Nachbesserungen bei der Erhebung der Erbschaftssteuer verlangte, brach sie sofort wieder durch, die Gier der unersättlichen Steuereintreiber. Auch die Rekordergebnisse der letzten Jahre haben keine Einsicht dahingehend gebracht, dass man auch mal mit den eingenommenen Steuern auskommen muss. Nein, irgendwo muss immer nochmal mehr zu holen sein, egal welche Auswirkungen es hat. Jetzt ist der unternehmerische Mittelstand ins Visier geraten. Wenn der alte Herr zugunsten seiner Kinder sparsam gelebt hat und seine versteuerten Ersparnisse nicht in der Karibik verjubelt hat, nennt Ralf Stegner, der Linksaußen und Miesmacher der SPD, das einen Einkommens- und Vermögenszuwachs der Erben „ohne eigene Leistung“. Ist aber nur bedingt richtig, denn das gesparte Geld ist dem Erhalt der Familie mitsamt ihrem Familienbetrieb gewidmet, nicht dem Finanzamt. Schäuble begnügt sich nicht damit, die vom Verfassungsgericht vorgegebenen Minimalkorrekturen umzusetzen, er übertrumpft diese Vorgaben. Beispiel: das Gericht meint, ein Übertragungswert von bis zu 100 Mio. wäre akzeptabel, Schäuble schlägt nur 20 Mio. vor. Zur Info, der Übertragungswert ist ein künstlich errechneter Firmenwert nach der Formel „Jahresgewinn x 18,21“ und wenn da eine Zahl von mehr als 20 Mio. herauskommt, soll eine „Bedürfnisprüfung“ zur Erbschaftssteuer-Verschonung durch die Steuerbehörden stattfinden. Ab ca. 1 Mio. Jahresgewinn wäre die breite Masse der Familienunternehmer von dem für die Unternehmensliquidität gefährlichen Prüfungsakt der Finanzämter betroffen. Dabei brauchen gerade diese Firmen in der digitalen Revolution ihr Geld für Investitionen und vor allem für die Unabhängigkeit von Banken. Lieber Herr Schäuble, es kamen aus Ihrem Haus schon mal bessere durchdachte Ideen!



Günter Morsbach

Impressum: reitender-bote.de/impressum



**JETZT NEUES
IM POLITIK-ABC**
reitender-bote.de/politik-abc



Täglich Updates!
facebook.com/reitenderbote



**Alle Ausgaben als PDF in
unserem Archiv:**
Hier klicken